

Vorlage 539/2008

Antrag der SPD-Fraktion

Der Gemeinderat möge folgende Resolution an die Landesregierung richten:

Die Universitätsstadt Tübingen fordert die Landesregierung auf, bei den Städten und Gemeinden die finanziellen Voraussetzungen für die Abschaffung der Gebühren für das dritte Kindergartenjahr zu schaffen

Begründung:

Kindergärten sind Bildungseinrichtungen. Bildungseinrichtungen müssen kostenfrei sein. Bildung ist eine Aufgabe des Landes. Deshalb muss das Land die Gebührenfreiheit der Kindergärten finanzieren, zumal sie meisten Kommunen in Anbetracht anderer Aufgaben (insbesondere in der Kleinkindbetreuung) finanziell nicht in der Lage sind, die mit der Gebührenfreiheit verbundenen finanziellen Belastungen zu schultern.

Für die SPD-Fraktion
Dr. Martin Rosemann